

# DIE ALTERNATIVE



Foto: Dieter Schütz, pixelio.de

## ASYLRECHT: VÖLLIG VERWAHRLOST

ABFALLBERATUNG: **Erster Erfolg** •

UMVERTEILUNG: **It's a man's world**

Herausgegeben von



September 2013

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02 Z 031 242 M, Kd.-Nr.: 0 021 012 558

AutorInnen dieser Ausgabe:



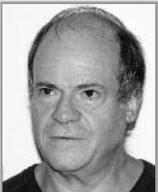
BEATE NEUNTEUFEL-  
ZECHNER  
Vorsitzende der  
UGöD



GERHARD SCHWARZ  
Mandatar der  
KIV/UG, Parkraum-  
überwachung



KLAUDIA PAIHA  
Bundessprecherin  
der AUGE/UG



MICHAEL GENNER  
Obmann von  
Asyl in Not



ROBERT KANA  
Mitarbeiter der  
IG.EL



## Einladung zur Landesversammlung der AUGE/UG-Wien

zur Wahl der KandidatInnen zur Wiener AK-Wahl 2014

- Zeit: Samstag, 12. Oktober 2013, 9–18 Uhr  
(um Anmeldung wird gebeten)
- Ort: Bildungszentrum der Wiener Arbeiterkammer,  
Theresianumgasse 16–18, 1. Stock, Raum 11 A und B, 1040 Wien.  
Anmeldung bis 27. September.

Bei Interesse an einer Teilnahme oder Kandidatur  
(Achtung, kürzere Frist!), bitte an Brigitte Bakic wenden:  
[brigitte.bakic@ug-oegb.at](mailto:brigitte.bakic@ug-oegb.at).

Aktiv wahlberechtigt sind alle AK-Wien zugehörigen AUGE/UG- und  
UG-Mitglieder (auch PensionistInnen und Erwerbsarbeitslose, die  
AK-zugehörig sind). Für Fragen stehen wir unter (01) 505 19 52 oder  
[auge@ug-oegb.at](mailto:auge@ug-oegb.at) zur Verfügung.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Kommen!



# DIE ALTERNATIVE

IM SEPTEMBER



Editorial  
von Renate Vodnek

## Thema „Asyl“

- Interview: Völlig verwahrlöst . . . . . Seite 4  
Dokumentation: Ein Einzelfall . . . . . Seite 6  
Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen öffnen . . . . . Seite 7

## Gewerkschaft & Betrieb

- Für ein „anderes Europa“ . . . . . Seite 8  
Abfallberatung: Ein erster Erfolg . . . . . Seite 9  
Prekarisierung: Wir sind Gewerkschaft . . . . . Seite 10  
Arme, reiche Fachhochschulen . . . . . Seite 14

## Magazin

- Parkraumüberwachung: Zusammenwachsen . . . . . Seite 16  
Umverteilung: It's a man's world . . . . . Seite 18  
Mit Stronach zurück zur Ausbeutung? . . . . . Seite 20  
Buch: Wissenschaft über Gewerkschaft . . . . . Seite 21  
MUCH spezial. . . . . Seite 12

## SOMMERLOCH UND WAHLKAMPF

*Eine schlechte Kombination. Zumindest für AsylwerberInnen aus Pakistan, die abgeschoben werden (sollen). Auch wenn sie zum Beispiel aus dem Swat-Tal kommen. Der Gegend, wo 2012 auf die Bloggerin Malala Yousafzai wegen ihres Eintretens für Mädchen-Bildung ein Attentat verübt wurde. Vermutlich hätte sie in Österreich ebenfalls kein Asyl bekommen. Da es laut Asylgerichtshof genug „innerstaatliche Fluchtalternativen“ gäbe. Was Michael Genner, Obmann von Asyl in Not, vom geltenden Asylrecht in Österreich hält, erzählt er uns in dieser Ausgabe der Alternative.*

*Es tat sich auch Positives im Sommerloch: Ein Mitarbeiter der Abfallberatung bekam beim Arbeits- und Sozialgericht in erster Instanz Recht. Sein Arbeitsverhältnis als Werkvertragsnehmer ist als umgangenes klassisches Arbeitsverhältnis zu werten. Der Fall könnte (wenn er rechtskräftig wird) Beispielwirkung haben – für all diejenigen WerkvertragsnehmerInnen, die von den Unternehmen in die Selbständigkeit gezwungen werden.*

*Am Schluss möchte ich noch auf unsere Verlosung hinweisen: Die ersten 10 Einsendungen per E-Mail oder Brief gewinnen je ein Exemplar des Buches „Wissenschaft über Gewerkschaft“.*

**IMPRESSUM** Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeberin:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion:** Renate Vodnek. **Layout:** Franz Wohlkönig. **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail für Abonnement: auge@ug-oegb.at, Redaktion: alternative@ug-oegb.at, Internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: (14 000) Kto.-Nr. 00 110 228 775, BIC: BAWAATWW, IBAN: AT30 1400 0001 1022 8 775.

**Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702

Die Abschiebung der pakistanischen AsylwerberInnen erhitzt die Gemüter:  
Die Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) verteidigt  
das Vorgehen der Behörden, andere, wie der Kardinal Christoph Schönborn, kritisieren die  
Vorgehensweise und vermuten dahinter Wahlkampfaktik.  
Wir fragen den Obmann von Asyl in Not, *Michael Genner*, nach seiner Einschätzung.

# „VÖLLIG VERWAHRLOST“

**Wieso wurden die Refugee-Flüchtlinge (gerade jetzt?) verhaftet und abgeschoben?**

*Weil das Innenministerium die Sommerferien benützt, um ein Exempel zu statuieren. Der Protest der Refugees war eine neue Qualität des Widerstandes; daher soll er nun gebrochen werden. Sie haben sich etwas getraut, und das sehen die Obrigkeiten gar nicht gern. Das ist eine alte Taktik der Polizei: Dann zuschlagen, wenn wir alle (so hofft sie) in den Ferien sind.*

*Außerdem stehen Wahlen vor der Tür. Die FPÖ (im Bund mit der Kronenzeitung) nützt die Gelegenheit, um sich wieder ins Spiel zu bringen, nachdem sie in letzter Zeit doch schon ziemlich out war. Und gewisse demokratiefeindliche Elemente in der ÖVP halten sich die schwarz-blaue Option offen. Ein abgekartetes Spiel.*

**Woher kommen die AsylwerberInnen, warum sind sie geflüchtet, wie ist die Lage in ihren Heimatländern?**

*Die Refugees im Servitenkloster kommen größtenteils aus Pakistan, einige aus Afghanistan. Beide Herkunftsgruppen sind vor den Taliban geflüchtet. Dass die Taliban keine Guten sind, sollte in Österreich doch eigentlich bekannt sein, das schreiben ja sogar die großen Medien. AfghanInnen bekommen mit diesem Fluchtgrund auch oft Asyl. Pakistani hingegen nicht! Für sie ist im Asylgerichtshof eine andere (und zwar völlig inkompetente) Kammer zuständig.*

**Wie kann jemand in ein Land wie Pakistan abgeschoben werden, wenn es laut Außenministerium dafür eine Reisewarnung gibt?**

*Weil die Asylrechtsprechung in Österreich völlig verwahrlost ist (siehe vorige Frage). Und weil die Polizei von*

*rechten Elementen unterwandert ist, die sich keine Gelegenheit, das Recht zu brechen, entgehen lassen.*

**Wie gehen betroffene AsylwerberInnen und deren Angehörige / FreundInnen mit der Situation um, mit der Ohnmacht, wie kann mensch sich deren psychische Situation vorstellen?**

*Den Leuten geht es schlecht. Sie haben gehofft, hier Schutz vor Verfolgung zu finden, und werden hier neuerlich verfolgt. Das ist für sie ein Schock. Manche verfallen in tiefe Depression. Andere versuchen, sich zu wehren. Die Refugee-Bewegung gab erstmals die Möglichkeit zu kollektivem, organisiertem Protest.*

Dublin ist  
abschreckender  
Terror

Dublin zerreißt  
Familien

Dublin sperrt  
Folteropfer ins  
Gefängnis –  
Dublin muss weg

**Die Zeitung „heute“ titelt Ende Juli: „3 Serviten-Flüchtlinge sind Bosse der Schlepper-Mafia!“, in der Bildüberschrift „Kloster wurde zu Schlepper-Versteck“. Welche Verantwortung hätten die Medien beziehungsweise Politik / Exekutive?**

*Es hat sich inzwischen ja schon herausgestellt, dass das alles Lüge war. Von der „Kronenzeitung“ und von „Heute“ erwartet man sich nichts anderes. Von der Exekutive ebenso wenig. Freie, demokratische Medien haben die Aufgabe, dieser Hetze entgegenzutreten. Aber auch die gesamte Zivilgesellschaft ist gefordert. Es wird Zeit, die Medienlandschaft gründlich umzugestalten. Dazu gehören auch rechtliche Schritte gegen rassistische Propaganda.*

**Wie erlebt ihr die Situation der Flüchtlinge, gerade auch bei jahrelanger Ungewissheit? Wie geht ihr mit dem Ohnmachtsgefühl um? Mit dem Wissen, dass ein**

**Jahre später gefällter Entscheid des Verwaltungsgerichtshofs (wie zum Beispiel im Fall des Gambiers Lamin Jaithe) oft den Betroffenen nichts mehr bringt, sondern nur die Illegitimität / Ungerechtfertigkeit bestätigt – und damit auch die Proteste gegen die Abschiebung / das Asylrecht.**

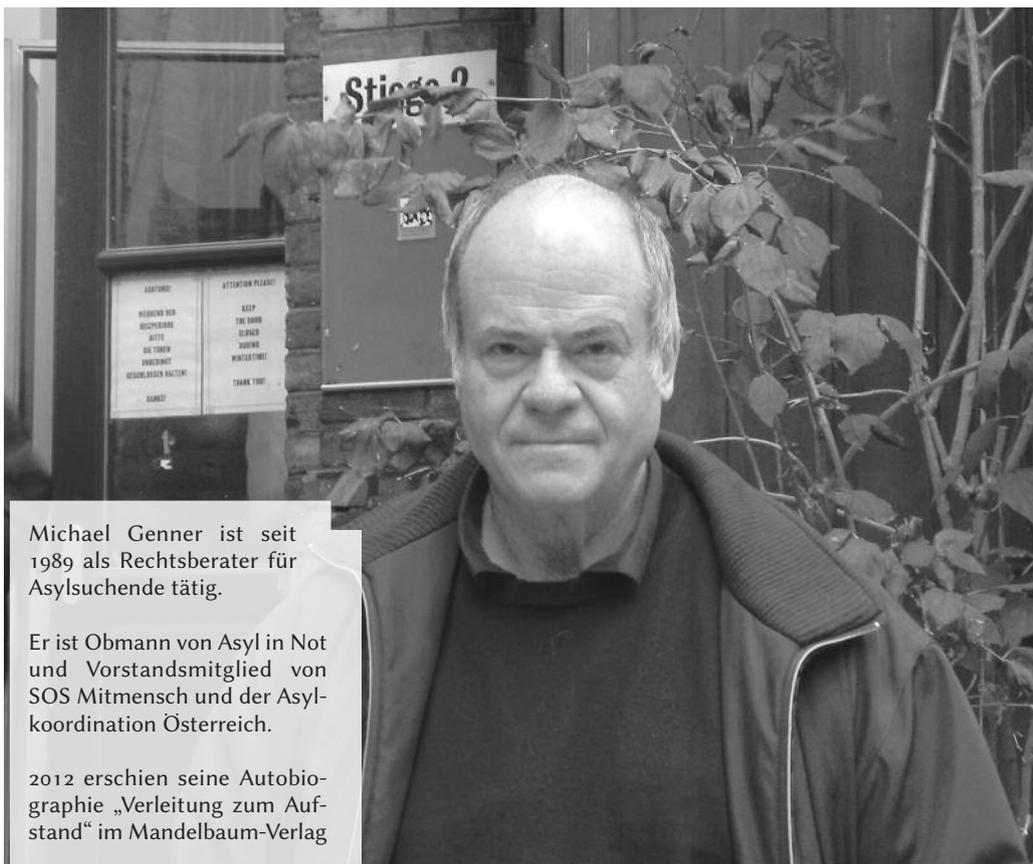
*Asyl in Not steht parteiisch an der Seite der Flüchtlinge, die unseren Rat in Anspruch nehmen. Wir können sie aber nicht trösten, wir können sie auch nicht psychologisch betreuen (dafür sind andere NGOs wie Hemayat, Omega und Aspis da); wir können nur die Rechtsmittel ergreifen, die wir nach den Regeln unserer Kunst für richtig und notwendig halten. Das Hauptproblem ist übrigens nicht die lange Dauer der Verfahren, sondern ihre mangelnde Qualität. Die Asylanträge der pakistanischen Refugees wurden zum Großteil in Schnellverfahren, ohne Verhandlung vor dem Asylgerichtshof, in beiden Instanzen negativ entschieden.*

**Asyl in Not hat im Laufe der Zeit viele AsylwerberInnen betreut – habt ihr später noch Kontakt zu den/einigigen Abgeschobenen, habt ihr eine Ahnung, wie die Schicksale der Abgeschobenen verlaufen sind?**

*Das ist nur sehr selten möglich. Wir sind aber über seine in Österreich asylberechtigten Angehörigen mit dem tschetschenischen Flüchtling Danial M. in Kontakt, der im November 2012 nach Russland abgeschoben wurde und seither in Grosny im Gefängnis sitzt. Die Asylbehörden hatten ihm seine Fluchtgründe nicht geglaubt. Er wird jetzt vom Kadyrov-Regime genau jener „Delikte“ angeklagt, die er in Österreich als seine Fluchtgründe angegeben hat.*

**Was hältst du vom geltenden Asylrecht in Österreich / der EU, und wie siehst du die regelmäßigen Asylgesetzesnovellen?**

*Darüber könnte ich ein mehrbändiges Buch schreiben. Hier nur in Kürze: Das in Österreich jetzt geltende Fremden-Unrechtspaket wurde 2005 im Auftrag der damaligen Polizeiministerin Liese Prokop ausgearbeitet. Darin wurde die vorher geltende Schutzklausel für Traumatisierte und Folteropfer abgeschafft: Auch sie dürfen seither eingesperrt und abgeschoben werden. Schubhaft am Beginn des Verfahrens wurde damals zur Regel. „Gemischte“ Familien wurden auseinander gerissen. Dieses Gesetz haben wir politisch und rechtlich bekämpft, mit dem Erfolg, dass der Verwaltungsgerichtshof die Schubhaft am Beginn des Verfahrens für rechtswidrig erklärte. Fekter hat mit zwei*



Michael Genner ist seit 1989 als Rechtsberater für Asylsuchende tätig.

Er ist Obmann von Asyl in Not und Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch und der Asylkoordination Österreich.

2012 erschien seine Autobiographie „Verleitung zum Aufstand“ im Mandelbaum-Verlag

*Novellen versucht, diesen Erfolg rückgängig zu machen, ist aber damit gescheitert: Mit zwei großen Demonstrationen (2009 und 2011) gelang es uns, sie zum Rückzug zu zwingen. Ihre Novellen wurden zu „totem Unrecht“.*

*Aber das himmelschreiendste Unrecht spielt sich auf EU-Ebene ab: Es ist die „Dublin-Verordnung“, die Flüchtlinge zwingt, im ersten EU-Staat, den sie betreten, um Asyl anzuschauen, ganz gleich wie katastrophal die Zustände dort sind. Dublin ist abschreckender Terror, Dublin zerreißt Familien, Dublin sperrt schwer traumatisierte Folteropfer ins Gefängnis – Dublin muss weg.*

**Wie schaut die arbeitsrechtliche Situation von AsylwerberInnen aus? Was müsste sich da deiner Meinung nach ändern? Inwieweit ist die Diskrepanz zwischen der Realität (nicht arbeiten dürfen) und der Meinung mancher Menschen („SchmarotzerInnen“) auflösbar und wieso meinst du ist sie da?**

*AsylwerberInnen dürfen im Prinzip nach drei Monaten arbeiten, aber laut „Bartenstein-Erlass“ nur im Saisongewerbe. Asyl in Not fordert den freien Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Menschen in diesem Land: Also nicht nur die Aufhebung des Bartenstein-Machwerks, sondern die ersatzlose Streichung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes überhaupt. Es ist ein rassistisches Apartheid-Gesetz und hat in einer modernen, offenen Gesellschaft keinen Platz. ■*



## ASYL – EIN EINZELFALL

**Ali N. (der Name ist ohnedies** schon in den Medien erschienen) stammt aus dem pakistanischen Swat-Tal, einer der ärgsten Krisenregionen.

Das Swat-Tal ist seit dem Taliban-Attentat 2012 auf die vierzehnjährige Malala Yousafzai wegen ihres Einsatzes für das Recht der Mädchen auf Bildung auch hierzulande bekannt.

Ali N. wurde von den Taliban verfolgt, weil Regierungssoldaten auf seinem Grundstück stationiert waren. Als hätte er das verhindern können! Hätte er es probiert, dann hätte

ihn statt der Taliban die Armee verfolgt. Das Asylamt hat „Widersprüche“ in seinen Zeitangaben konstruiert und einen Drohbrief, den ihm die Taliban geschickt hatten, für eine Fälschung erklärt. Eine Verhandlung vor dem Asylgerichtshof hat es nicht gegeben.

Nach zwei Monaten war er rechtskräftig „negativ“. Kürzlich wurde ein naher Verwandter ermordet. Ali N. wurde nun nach Pakistan abgeschoben. Seither haben wir zu ihm keinen Kontakt. ■

## Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen öffnen

Die AUGÉ/UG hat sich in Initiativen und Anträgen in Gewerkschaften und in der Arbeiterkammer seit jeher für ein humanitäres Bleiberecht, gegen Schubhaft, für ein faires Asylverfahren, für eine Erweiterung des Katalogs von Asylanerkennungsgründen, für den Ausbau unabhängiger Beratungseinrichtungen sowie den freien Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen für die Dauer des Asylverfahrens, stark gemacht.

Bereits 2005 wurde ein entsprechender Antrag in die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien eingebracht, der schließlich auch eine Mehrheit fand. Es freut uns besonders, dass die Forderung nach Öffnung des Arbeitsmarkts inzwischen auch von GPA-djp, der PROGE, der Vida und vom ÖGB unterstützt wird.

Inzwischen folgen auch die Gewerkschaften unserer langjährigen Argumentation, dass die Verweigerung des Arbeitsmarktzuganges für Flüchtlinge nicht jene vor Arbeitsmarkt Konkurrenz „schützt“, die einer „legalen“ Er-

werbstätigkeit nachgehen. Vielmehr befördert das Abdrängen von AsylwerberInnen in „informelle“, „illegale“, arbeits- und sozialrechtlich nicht abgesicherte Arbeitsverhältnisse das genaue Gegenteil von „Schutz“ – wird doch der Druck auf Löhne und „reguläre“, arbeits- und sozialrechtlich abgesicherte Arbeit durch Entstehen eines „informellen“ Arbeitsmarktes mit entsprechenden rechtlosen und ausbeuterischen „Billig“-Arbeitsverhältnissen tatsächlich erhöht.

Die AUGÉ/UG unterstützt daher auch die im Rahmen des „Refugee camps“ aufgestellten Forderungen, insbesondere jene nach Öffnung des Arbeitsmarkts für AsylwerberInnen:

- Verbesserung der Grundversorgung von AsylwerberInnen (besserer Zugang zur Gesundheitsversorgung, die Begleitung durch DolmetscherInnen bei Arztbesuchen, ausreichendes und gesundes Essen, bessere Arbeitsbedingungen in Traiskirchen, Schulbesuch für Kinder in regulären, österreichischen Schulen, Zugang zu modernen

Kommunikationsmitteln (Internet, internationale Fernsender etc.) und mehr Angebote an deutschen Sprachkursen und beruflicher Ausbildung)

- raschere Verfahrensabwicklung
- besserer Zugang zu Information und Rechtsberatung in eigener Sprache
- bessere Qualifikation der DolmetscherInnen
- Anerkennung des Flüchtlingsstatus
- Recht auf Familienzusammenführung
- Zugang zum Arbeitsmarkt für die Dauer des Asylverfahrens
- gegen Übersiedlung in isolierte Unterkünfte
- gegen Abschiebungen.

Wir fordern die Bundesregierung und den Gesetzgeber auf, endlich den Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen für die Dauer des Asylverfahrens zu ermöglichen.

Wer hier lebt, muss einer legalen Arbeit zur eigenständigen Existenzsicherung nachgehen können.

Wer hier um Asyl ansucht, hat das Recht auf ein faires Verfahren, menschenwürdige Unterkunft, Grundversorgung und Behandlung. ■



## Für ein anderes



Wettbewerbspakt brächte „immerwährenden“ Lohndruck und Sozialabbau

Nicht jene, die ein „anderes Europa“ wollen, sind eine Gefahr für den europäischen Integrationsprozess, sondern jene, die nach wie vor an der ruinösen Austeritätspolitik festhalten und nun mittels Wettbewerbspakt den EU-Mitgliedsstaaten immerwährenden Lohndruck und Sozialabbau verordnen wollen.

Nur ein soziales Europa der Demokratie, der Solidarität und der ökologischen Nachhaltigkeit hat Zukunft. Die derzeitige Politik der europäischen Eliten befördert dagegen Spaltung und soziale Desintegration.

Wettbewerbspakt richtet sich gegen Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenrechte

Aus dem Wettbewerbspakt für die ArbeitnehmerInnen drohen zahlreiche Gefahren: Länderspezifische Empfehlungen der EU-Kommission, deren Umsetzung nun verpflichtend werden soll, zielen regelmäßig auf Löhne und soziale Sicherungssysteme ab.

So wird den Mitgliedsstaaten immer wieder eine zurückhaltende Lohnpolitik, die Verlagerung der Lohnverhandlungen von der kollektivvertraglichen auf die viel schwächere betriebliche Ebene oder eine Aufweichung des Kündigungsschutzes empfohlen.

Ebenfalls auf der Tagesordnung stehen etwa Empfehlungen, wie der Verzicht auf die Indexanpassung von Mindestlöhnen oder eine deutliche Anhebung des Pensionsantrittsalters. Bei Nichtumsetzung sind Sanktionen vorgesehen.

Ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung und Schwächung der ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte. Was bislang in nationalstaatlicher Kompetenz lag, soll nun vergemeinschaftet werden.

Die Entwicklung der Initiative „Europa geht anders“ ist erfreulich: Rund 9000 Menschen haben bislang den Aufruf für ein soziales und demokratisches Europa unterschrieben.

*Von Klaudia Paiha.*

Damit wäre nach dem Fiskalpakt der neoliberale Lückenschluss vollzogen. Dagegen gilt es aufzutreten.

Diskussion um Wettbewerbspakt auch auf betrieblicher Ebene

Für kritische GewerkschafterInnen gilt es insbesondere auch, in den Betrieben gegen den Wettbewerbspakt zu mobilisieren. Es geht um unsere Rechte, unsere Löhne, unsere Kollektivverträge.

Die AUGÉ/UG ruft daher auf, nicht nur die Initiative „Europa geht anders“ zu unterstützen, sondern auf Betriebsrats- und Personalvertretungsebene Beschlüsse gegen den Wettbewerbspakt zu verabschieden, um Gewerkschaften und Arbeiterkammern in ihrem Einsatz gegen diesen Vertrag den Rücken zu stärken.

Wir müssen den Wettbewerbspakt verhindern – das können wir auch, wenn wir eine breite Mobilisierung erzeugen! ■



*Unterschreiben*

*unter*

*europa-geht-anders.eu*

# EIN ERSTER ERFOLG

## Jetzt gibt es den ersten Teilerfolg:

Die Stadt Wien verliert den Prozess am Arbeits- und Sozialgericht in erster Instanz gegen einen Abfallberater.

Zur Vorgeschichte: Die KollegInnen der Abfallberatung haben jahrelang die Bevölkerung über den richtigen Umgang mit dem Müll informiert. Inwieweit deren Verträge auf Werkvertragsbasis umgangene unbefristete Dienstverhältnisse und in zweiter Konsequenz Kettenverträge sind, sehen Gemeinde Wien und AbfallberaterInnen unterschiedlich. 2012 wurden diese Werkverträge nicht mehr verlängert, womit etwa dreißig AbfallberaterInnen ihren Job verloren haben.

Es folgten monatelange Proteste und mehrere erfolglose Gesprächsrunden. Die Gemeinde Wien unterbreitete einigen von ihnen neue Jobangebote – allerdings ohne die in der Vergangenheit erworbenen Ansprüche (Ausbildung und Vordienstzeiten) anzuerkennen. Da es zu keiner Einigung kam, haben einige AbfallberaterInnen geklagt.

In erster Instanz wurde einem Abfallberater nun Recht gegeben: Das Arbeits- und Sozialgericht sieht das Beschäftigungsverhältnis als umgangenes Angestelltenverhältnis (noch nicht rechtskräftig). Womit der betroffene Kollege seinen Job wieder hätte und ihm zusätzlich Nachzahlungen zustünden.

Ein erster Erfolg für die Initiative Abfallberatung – auch wegen der eventuellen richtungsweisenden Wirkung: Es stehen noch etwa zehn weitere Verfahren an. Demnächst wird sich zeigen, ob die Stadt Wien in Berufung geht. Verena Sommer, eine der Betroffenen, befürchtet das: „Die Stadt Wien hat uns mit diesen Umgehungsverträgen um Geld und bessere Pensionen gebracht – und den Staat um Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Nun müssen wir leider davon ausgehen, dass sie in Berufung gehen werden und so werden auch weiterhin öffentliche Gelder für diesen Prozess verschwendet, anstatt uns unser Recht zukommen zu lassen.“

Seit einem Jahr kämpft die Initiative Abfallberatung um faire und rechtskonforme Dienstverträge mit fairer Entlohnung.

Von Renate Vodnek.



Rudolpho Duba, pixelio.de

Die Arbeiterkammer – die einige Prozesse der AbfallberaterInnen unterstützt – glaubt, dass das Urteil halten wird. Arbeiterkammer-Experte Hans Trenner begrüßt das Urteil und sieht damit eine Lanze gegen die Scheinselbständigkeit gebrochen. Abfallberaterin Ulli Müller wundert sich über die SPÖ:

„Die SPÖ plakatiert, dass sie um jeden Arbeitsplatz kämpfen – warum sie dann dieses Theater mit uns AbfallberaterInnen aufführen, verstehe ich nicht, ich bin seit einem Jahr arbeitslos. Meinen Job machen nun Leute mit einem windigen Saisonalvertrag unter noch prekäreren Arbeitsbedingungen. Gratulation zu dieser Arbeitsplatzpolitik!“

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen unterstützten die Initiative Abfallberatung seit Anbeginn. 2012 brachten wir unter anderem einen Antrag zur Unterstützung der Anliegen der AbfallberaterInnen in die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien – das ArbeitnehmerInnen-Parlament, welches zweimal im Jahr öffentlich tagt – ein. ■

Mehr zur Initiative:  
<http://abfallberatung.prekaer.at>

Über gewerkschaftliches Handeln unter Bedingungen der Prekarisierung.

Von Lisa Sigl.

# WIR SIND GEWERKSCHAFT

Im Sommer 2013 fand die Veranstaltungsreihe „Solidarisch Kämpfen“ des Prekär Cafés statt. Nach der Präsentation eines neuen Buches über die in diesem Zusammenhang oft vernachlässigten Erwerbslosenproteste (Rein 2013) ging es um solidarische Unterstützungsarbeit zu zwei konkreten Arbeitskämpfen: Den Arbeitskampf der AbfallberaterInnen Wiens und den (Flexi-)Streik der Belegschaft des Verpackungsunternehmens Neupack in Deutschland. Obwohl beide Arbeitskämpfe unterschiedlich gelagert sind, werfen sie beide die Frage auf, inwiefern gewerkschaftliches Tätigsein in prekären Kontexten anders gefasst werden muss.

Im Fall der AbfallberaterInnen etwa hatte das „Kämpfen mit (etablierten) Gewerkschaften“ zwei Lesarten. Anfangs – nach kollektivem Beitritt der AbfallberaterInnen – war die zuständige Gewerkschaft Bündnispartnerin des Arbeitskampfes, später aber teils selbst ein Kampffeld um angemessene Vertretung. Nachdem die Interessen teils anders gelagert waren als bei sogenannten Normalarbeitsverhältnissen, reichte ihre Unterstützung bis zum Verhandlungsmandat mit der Stadt Wien, nicht aber zur rechtlichen Vertretung. Eben jener Gang vors Gericht war aber in diesem Fall nötig, um eine Anerkennung der Dienstverhältnisse zu erreichen. Das bestätigten die ersten beiden Urteile in erster Instanz. Nach allgemeiner Einschätzung wäre der Arbeitskampf der AbfallberaterInnen ohne umfassende Selbstorganisation und einen Kreis an UnterstützerInnen (unter anderem durch Christine Rudolf und Thomas Kerschbaum, GewerkschafterInnen der KIV/UG, und AktivistInnen des Prekär Café) so nicht möglich gewesen.

Die Bedeutung von Solidaritätsarbeit, jenseits etablierter Gewerkschaften, für erfolgreiche prekäre Arbeitskämpfe betonten im Juli auch zwei AktivistInnen aus Hamburg, die den Streik bei Neupack als Teilnehmer des dortigen Soli-Kreises unterstützen. Neupack unterhält zwei Standorte mit zirka 200 MitarbeiterInnen. Die Arbeitsverhältnisse sind ein Beispiel für Prekarisierung in einem klassischen Industriebereich: Die angelernten Arbeitskräfte produzieren Kunststoffverpackungen (etwa für Joghurt). Die Arbeit findet in Hallen aus einer Wellblechkonstruktion statt, in denen heißes Plastik verarbeitet wird: im Sommer bei geringer Wärme-

dämmung und ohne Klimaanlage bei ungefähr 30°C. Der Betrieb ist ein Paradebeispiel für industrielle Einfacharbeiten, die sich häufig durch bestimmte EigentümerInnenstrukturen und Unternehmenskulturen (meist sind es Familienunternehmen) und einen geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auszeichnen. Ebenso sind solche Unternehmen meist tariffreie Zonen – das war einer der Hauptgründe für den seit November 2012 laufenden Streik. Der Streik fing mit Hilfe der Gewerkschaft IG-BCE (Interessengemeinschaft Bergbau, Chemie und Energie) und einem Soli-Kreis aus verschiedenen UnterstützerInnen an.

Dem Streik vorangegangen war eine längere Geschichte der Organisation im Betrieb und der Versuche der EigentümerInnen, ebenjene zu unterbinden. Der Betriebsratsvorsitzende Murat Günes hat durch mehrmalige Versuche der EigentümerInnen, ihn zu kündigen und die mediale Berichterstattung darüber, mittlerweile einen beachtlichen lokalen Bekanntheitsgrad erlangt. Nicht zuletzt durch diese Öffentlichkeit wurden breite Kreise auf die Arbeitsverhältnisse aufmerksam. Die Entlohnung war (und ist) im Betrieb bei gleicher Tätigkeit sehr heterogen und teils abhängig vom Migrationshintergrund gestaltet: Es war offensichtlich fast durchgängig der Fall, dass ArbeiterInnen ohne deutschen Pass einen Euro weniger verdienten als mit.

Ein Tarifvertrag wurde zur Hauptforderung der Belegschaft – neben der Berücksichtigung der Gefahr gesundheitlicher Schäden, Transparenz in Entscheidungsprozessen und dem respektvollen Umgang seitens der EigentümerInnen. Der Soli-Kreis bildete sich bereits Monate vor dem Streikbeginn. Er unterstützte die Streikenden (zirka 60 bis 80 Prozent der Belegschaft) bei Vorbereitungen und Aktionen, wie zum Beispiel einem Spiel von FC St. Pauli. Dabei kam dem Streikzelt eine besondere Bedeutung zu, weil es einen Raum außerhalb des Werksgeländes für Selbstorganisation und Kommunikation unter der Belegschaft und mit den UnterstützerInnen schuf.

Die EigentümerInnen blieben dabei nicht inaktiv: Sie engagierten Anwälte, eine PR-Firma und professionelle Union-Busters, um die gewerkschaftlichen Aktivitäten und das zunehmend schlechte Bild in der Öffentlichkeit zu bekämpfen. Zusätzlich beschäftigten sie bald eine polnische

Zeitarbeitsfirma, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Das war zwar nicht legal, aber eine demoralisierende Situation für die streikende Belegschaft. Nach Monaten des Streiks produzieren die ZeitarbeiterInnen noch immer relativ viel Ausschuss, sind aber inzwischen – befristet – angestellt. Ein weiteres demoralisierendes Moment erhielt der Arbeitskampf Anfang 2013, als die IG-BCE den Streik in einen Flexi-Streik umwandelte und die Streikleitung immer mehr vom Streikkomitee zur IG-BCE wanderte. Letztere gilt als eine der konservativsten der deutschen Gewerkschaften. Gegen Sommer hin vertrat sie zunehmend eine Lösung, durch die die Belegschaft tendenziell wieder auf Vertragsverhandlungen im Einzelfall zurückfallen würde. Dieses Abrücken vom zentralen kollektiven Prinzip der Forderung einheitlicher Entlohnung, sowie die konkrete Umsetzung des Flexi-Streiks haben inzwischen zu schwerer Kritik an der IG-BCE geführt.

Seit Anfang 2013 kündigt die Gewerkschaft 24 Stunden vor den Streikperioden an, ob am nächsten Tag gestreikt wird. Die EigentümerInnen haben dadurch Zeit, sich auf streik(freie) Zeiten einzustellen und können mit dem Lagerbestand gut haushalten. Dadurch geht einer der Vorteile des Flexi-Streiks – nämlich die Unvorhersehbarkeit der Arbeitskampf-Dynamik – verloren. Die Forderung, die Streikleitung wieder an das Streikkomitee zu übergeben, wurde von der IG-BCE nicht erfüllt. Damit entgehen der Streikplanung nicht nur zentrale Wissensbestände über die Produktionsabläufe des Unternehmens, sondern es kam zu einer Ent-Demokratisierung des Arbeitskampfes.

Welche Rolle ein Soli-Kreis unter solchen Bedingungen spielen könnte, wird noch längere Zeit Gegenstand der Diskussion sein, sind sich die beiden Hamburger AktivistInnen einig. Bei der Diskussion wurden jedenfalls Stimmen laut, dass ein Soli-Komitee in erster Linie den Interessen und Forderungen der Belegschaft Nachdruck verleihen müsste – insbesondere dort, wo etablierte Gewerkschaften in komplexen machtpolitischen Konstellationen davon abrücken. Gemeinsam mit den (teils impliziten) Wissensbeständen der Belegschaft über die Produktionsabläufe im

Betrieb könnte dadurch der nötige Druck auf die EigentümerInnen erhöht werden. Die Kollegen aus Hamburg betonen darüber hinaus, dass UnterstützerInnen auch nicht-tarifbezogenen Fragen eines Arbeitskampfes öffentlich thematisieren sollten. Dies sei deshalb zentral, weil dadurch die Selbstaktivität und Selbstermächtigung der Arbeitenden gestärkt wird und die notwendige Resonanz bei anderen eine Vorbedingung für breitere Solidaritätsbewegungen sein kann.

Anfang Juli schien es, als hätte die IG BCE mit ihrer Lösung ein Ende des Streiks in Sicht gebracht. Im Juli scheiterte allerdings die Unterzeichnung der neuen Regelung daran, dass die Unternehmensleitung die während des Streiks neu Eingestellten dauernd übernehmen wollte. Damit ist absehbar, dass die derzeit Streikenden mittelfristig entlassen werden sollen. Ende Juli wurde daher eine Fortsetzung des Streiks angekündigt, der schon jetzt als einer der längsten in der Geschichte Deutschlands gilt und der erste Streik der IG BCE seit den 1970er Jahren ist.

In Wien bleibt uns inzwischen aus den auch international gemachten Erfahrungen in Arbeitskämpfen der Prekarisierung zu lernen und laufende lokale prekäre Auseinandersetzungen – wie jene der AbfallberaterInnen, der ORF-MitarbeiterInnen oder der Leih- und ZeitarbeiterInnen des AKH – nicht nur solidarisch zu beobachten, sondern konkrete Unterstützungsarbeit zu leisten und neue Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns auszuloten. Das Prekär Café hofft, Raum und Zeit für Erfahrungs- und Kompetenzaustausch zu schaffen und auch weiterhin ein Forum für Debatten um soziale Auseinandersetzungen in der Prekarisierung zu sein. ■

Links:

- Harald Rein (Hg.). 2013. Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest 1982–2012. AG SPAK Bücher.
- <http://cafe.prekaer.at>

Lisa Sigl ist beim Wiener PrekärCafé politisch aktiv.

### *Solidaritätsbekundung im*

*Fußballstadion*



*bei einem*

*Spiel von St. Pauli*

# WAS ICH VON DER NEUEN



# REGIERUNG ERWARTE

LEHRERGEWERKSCHAFT EIN  
PÄPCHEN SCHLAGEN:  
PFLICHT ABSCHAFFEN!

KANNST DIR DEINE  
KARTEN AUF TWITTER HOLEN

COOL

TUN  
WIR  
SCHON  
EWIG

UND: SCHAFFUNG DES  
"FACEBOOK & TWITTER  
MINISTERIUMS"

ICHTWITTERE FÜR  
FRIEDEN & SOZIALE  
GERECHTIGKEIT

BMFuT

DIE NEUE  
MINISTERIN

UNG DES ZWEI-KLASSEN-GESUNDHEITS-  
SYSTEMS

PREMIUM

★ LUXURY ★  
★ HEALTH CARE ★

HAUSTIERE:  
HAUSTIERPAUSCHALE  
FÜR ALLE (SOZIAL  
GESTAFFELT)

KOHLE  
FÜR  
MITZI

NICHT MIT  
GÜLTIGEM  
SESSHAFTIGKEITS-  
BESCHIED

HMM

DER HINTER-  
GRUND BLEIBT

MISSION ZUR  
G OB SESSHAFT  
OCH MIGRANTEN  
ND

POLIZEI: DEUTLICH SICHTBARE  
DIENSTNUMMERN

HAHA

NICHT IN  
100  
JAHREN

NET  
DEPPAT  
SEIN

POLI

Nicht jede Fachhochschule schreibt satte Gewinne,  
aber die meisten bilanzieren ordentlich. Die Gewinne der GesmbH sind ansehnlich.

Von Robert Kana.

# ARME, REICHE FACHHOCHSCHULEN

**N**iemand kann den Geschäftsführungen Misswirtschaft oder Krida vorwerfen. Trotz schmalen Budgets schaffen sie es, ihre jeweiligen Unternehmen fast jedes Jahr in die Gewinnzone zu führen.



## Reich durch Armut

Anhand der fachhochschulischen Praxis ist leicht ersichtlich, wie man reich wird. Die Verträge, die sie für 86 Prozent der Belegschaft ausstellen, sind abgabenschonend und unter fünf Monaten befristet. Das erspart Geld. Die Stundensätze sind seit fast zehn Jahren nicht angehoben worden. Auch das spart Geld, vor allem dann, wenn die Bundesmittel im gleichen Zeitraum wachsen. So lassen sich Gewinne machen. Indem man den Anderen nichts oder etwas Minderwertiges gibt. Bei Anfragen um Stundensatzerhöhungen steht plötzlich leider kein Budget zur Verfügung. Sie sind so arm. Gleichzeitig wird von den verschiedenen Geschäftsführungen beteuert, dass die Verweigerung von echten Dienstverträgen nichts mit Ersparnis zu tun habe.

Auch die sogenannten internen MitarbeiterInnen haben oftmals keinen Kündigungsschutz in ihren Verträgen.

Selbst die Studiengangsleitungen nicht. Diese Praxis ermöglicht den Erhaltern, ihre MitarbeiterInnen kurz zu halten und gegeneinander auszuspielen.

Wenn die Bundesmittel jährlich steigen, keine Investitionen anstehen und 86 Prozent der Belegschaft keinen Einkommensanstieg verzeichnet, die jährlichen Gewinne dabei annähernd konstant bleiben, dann muss die Frage gestattet sein: Was passiert mit den Mehreinnahmen? Ganz sicher sind die Personalkosten in den letzten zehn Jahren gestiegen. Neben den Personalkosten gibt es auch Mieten, die erhöht wurden, hört man.



## Winner bitte melden

Es bleiben also 14 Prozent der Belegschaft mit unbefristeten, echten Dienstverträgen, bei denen die Personalkostensteigerungen zu finden sein werden. Bei den 86 Prozent nebenberuflich Lehrende sind sie nicht zu finden. Beim administrativen Personal leider auch nicht. Das niedere Volk steht vor einer kommuniziert armen Institution, der das Geld für ordentliche Steigerungen fehlt. Um es klar zu formulieren: Jene, die für den eigentlichen Zweck von Fachhochschulen arbeiten, sich um die Bildung bemühen, werden schlecht bezahlt. Wer hat das Geld erhalten?



### Verteilungsfragen

Bei GesmbHs müssen Bilanzen veröffentlicht werden. Geschäftsberichte nicht. Bei Vereinen nicht mal das und bei Stiftungen auch nicht. In einer Bilanz kann man einiges verschleiern – zum Beispiel die Personalkosten: Wenn in einem Betrieb mit 100 MitarbeiterInnen eine MitarbeiterIn in einem Jahr um 100 Prozent mehr Lohn bekommt, dann werden die Personalkosten des Betriebes um ein Prozent gestiegen sein. Das steht dann in der Bilanz. In einer Bilanz steht nicht die NutznießerIn, die steht nur im Geschäftsbericht. Doch der ist nicht öffentlich. Wenn die Personalkosten steigen, und das tun sie an Fachhochschulen – wer sind dann die Winner? Wer es nicht ist, ist bekannt.



### Wer zahlt, schafft an?

Schon lange nicht mehr!

Fachhochschulen sind, soweit wir feststellen konnten, zwischen 70 Prozent und 99 Prozent aus Bundesmitteln finanziert. Bei einem überwiegenden Teil der Fachhochschulen zahlen die Erhalter nichts. Sie stellen sich lediglich als Rechtsgeber der Fachhochschulen zur Verfügung. Das Geld kommt vom Bund. Höchste Ausschüttungsstelle für Fachhochschulen ist das Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Doch was mit dem Geld passiert, das das Ministerium den Fachhochschulen gibt, weiß es nicht. Die Fachhochschulen sind autonom. Da will man nicht eingreifen. Die Qualitätssicherungsagentur ist ausgegliedert und ebenfalls autonom. Da kann man nicht mehr eingreifen.

Was die einzelnen Fachhochschulen mit den ihnen zugewiesenen Mitteln machen, entzieht sich also der öffentlichen Kontrolle. Die Personalstrukturen müssen nicht offen gelegt werden. Und bei weitem nicht jede Fachhochschule hat eine Gehaltsliste.



### Geheime Gehälter

Die meisten Fachhochschulen haben in ihren echten Dienstverträgen Klauseln enthalten, die es bei Pönanandrohung verbieten, über das eigene Gehalt zu sprechen. Diese Vertragspraxis an österreichischen Fachhochschulen ist nicht nur äußerst fragwürdig bis sittenwidrig, sie führt auch zu gewollter Intransparenz. Dass diese Intransparenz ungewollt ist, kann bei einem mehrfach überprüften Vertragstext nicht angenommen werden. Wer also profitiert von der vorherrschenden Geheimniskrämerei? Wir wissen es nicht. Das wissen nur die betroffenen Winner und die Geschäftsführungen. Eine Offenlegung tut not.



### Macht braucht Kontrolle?

Ja! Bei Fachhochschulen fehlt jede Kontrolle seitens der GeldgeberInnen, den SteuerzahlerInnen. Es wird Zeit, dass auch Fachhochschulen, die fast zu 100 Prozent von öffentlichen Mitteln finanziert sind, öffentlicher Kontrolle unterzogen werden. ■



Foto: Florentine, pixelio.de

**S**eit 1. September 2012 besteht die Parkraumüberwachungsgruppe der Landespolizeidirektion Wien, eine Verzahnung der von der Polizei geführten Parkraumüberwachung mit der Kurzparkzonen-Überwachung der MA 67 unter operativer Leitung der Polizei. Der Projektkoordinator spricht in diesem Zusammenhang vom „Zusammenwachsen zweier Kulturen“. Dies ist eine gute Umschreibung der Aufgabenstellung bei der Neuorganisation der behördlichen Parkraumüberwachung.

Eine solche Verzahnung ist neu. Bisher gab es innerhalb einer Behörde Verschiebungen von Kompetenzen, wie etwa beim Meldewesen und der Fundstelle, auch gab es Kooperationen mit externen Organisationseinheiten oder Behörden, eine Verzahnung, also quasi Zusammenlegung zweier Organisationseinheiten unterschiedlicher Behörden wurde noch nicht durchgeführt.

Die operative Leitung jener neuen Organisationseinheit liegt bei der Polizei, eine strikte Ausgabentrennung zwischen den beiden vorher teilweise kooperierenden Stellen ist nicht mehr vorgesehen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist dieses Pilotprojekt herausfordernd. Nicht nur galt und gilt in zwei Gewerkschaftslogiken (GdG-KMSfB und GÖD) zu denken. Auch für die MitarbeiterInnen der MA 67, die nun unter der operativen Leitung der Polizei ihren Dienst tun, muss eine optimale Personalvertretung gewährleistet werden, geht es doch unter anderem um nicht weniger als Dienstbeurteilungen.

Unsere KIV/UG-MandatarInnen sind im Dienstellausschuss eine Minderheitsfraktion. Wir haben uns aber nicht der Versuchung hingegeben, die FSG agieren zu lassen, sondern sind offen und selbstbewusst in die Verhandlungen eingetreten. Unsere Argumente konnten zum Großteil durchgesetzt werden. Insbesondere wurde unsere Position gegen die Teilung und Ausgliederung im Bereich der Wiener Parkraumüberwachung sowohl vom Hauptgruppenvorsitzenden Pelzer als auch vom Gewerkschaftsvorsitzenden Meidlinger in die Verhandlungen eingebracht und gegenüber der Verkehrsstadträtin Vassilakou durchgesetzt. Damit gelangten wir zu dem Ergebnis, dass eine einheitli-

che amtliche Parkraumüberwachungsgruppe als Teil der Landesverkehrsabteilung der Polizei mit Überwachungsorganen des Magistrats eingesetzt wurde.

Während das Magistrat innerhalb enger und strukturierter gesetzlicher, organisatorischer und administrativer Vorgaben genau definierte Aufgabenstellungen abarbeitet, ist die Polizei eine militärisch organisierte zivile Einheit zum Eingreifen in konkreten und immer wieder neu entstehenden Anlassfällen. Die Einsätze der Vertragsbediensteten des Magistrats sind planbar, die der Polizei nicht.

Die „Assistentztätigkeit für die Verkehrspolizei“ ist für das Magistratspersonal eine neue Aufgabe, auch wenn der Schwerpunkt weiterhin bei der Überwachung der Kurzparkzonen liegt. Da der Dienstgeber nach wie vor der Magistrat ist, sind bei der Erfüllung dieser Aufgabenstellung für zur Polizei abgeordnete Bedienstete die gehalts- und dienstrechtlichen Bestimmungen der Stadt Wien anzuwenden (Dienstordnung, Vertragsbedienstetenordnung, Bedienstetenschutz) einschließlich der Arbeitszeitbestimmungen, während das operative Kommando bei der Polizei liegt. Fairer Weise muss gesagt werden, dass sich die Verantwortlichen bei der Polizei sehr um die Integration des Magistratspersonals bemühen und unterschiedliche dienstrechtliche Voraussetzungen berücksichtigen.

Als kritischer oppositioneller Gewerkschafter soll man den Tag nicht vor dem Abend loben – deshalb mit aller gebotenen vorsichtigen Zurückhaltung: Bisher haben sich alle Beteiligten erfolgreich zusammengerauft – bei einem Projekt, das zwanzig Jahre lang blockiert wurde und über das viele sagten „das geht nicht“.

Trotz innerer Widerstände und trotz der ungünstigen äußeren Rahmenbedingungen wegen der parteipolitischen Auseinandersetzungen über die Parkraumbewirtschaftung in der Öffentlichkeit.

Wir bleiben wachsam. Gemeinsam mit einer starken KIV/UG in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten schaffen wir das! ■

Redaktion

## Gesellschaftspolitische Fragen

Die zunehmende Veränderung der Arbeitsbedingungen in Organisationseinheiten im Wiener Magistrat, sei es durch Ausgliederungen, Kooperationen, prekäre Beschäftigung oder eben wie in diesem Fall durch Verzahnung mit operativen Einheiten der Polizei, beschäftigt uns jetzt schon seit einigen Jahren.

Dies wird aber nie zu Routine, denn ständig kommen neue Formen dieser Veränderungen auf das Tapet. In diesem oben beschriebenen Fall sind die Erfahrungen bisher aus gewerkschaftlicher Sicht als vorsichtig positiv einzuschätzen, es gibt aber noch viele offene Fragen.

Gesellschaftspolitisch ist die Frage zu stellen, wie wir mit dieser Entwicklung bei der Exekutive umgehen. Nun werden also Vertragsbedienstete der Stadt Wien unter die Leitung der Verkehrspolizei gestellt. Anders als beispielsweise beim Fonds Soziales Wien, hat hier der Magistrat bzw. die Gemeinde keine Einflussmöglichkeiten. Nicht dass der FSW ein gelungenes Beispiel darstellt, da er aber zu hundert Prozent in der Hand der Gemeinde Wien ist, bestimmt diese auch die politische und organisatorische Ausrichtung mit. Ebenso untersteht in letzter Konsequenz der FSW dem Gemeinderat, auch wenn wir davon leider nicht viel merken.

Die Polizei ist eine Bundesbehörde, in Landespolizeidirektionen untergliedert. Sie untersteht dem Innenministerium. In der Regel sind Bedienstete der Verkehrspolizei Beamte, was in ihrer Funktion als Exekutivorgane auch Sinn macht. Durch die Verzahnung der beiden Parkraumüberwachungsgruppen und die „Assistentztätigkeit für die Verkehrspolizei“ könnten nicht nur arbeitsrechtliche, sondern auch demokratiepolitische Herausforderungen entstehen. Die Form der Aufgabenbeschreibung erinnert an den Wirkungsbereich der ehemaligen „Politessen“. Im Gegensatz zu der jetzigen Regelung waren die ein Teil der Polizei. Die MitarbeiterInnen der Wiener Kurzparkzonen-Überwachung sind kein Teil der Exekutive, sie sind Angestellte des Magistrats, in der gleichen Verwendungsgruppe wie zum Beispiel HausarbeiterInnen im Rathaus. Hier stellt sich schon die Frage nach der Gewaltentrennung, auch wenn dies bislang vielleicht als Unkenruf angesehen wird. Die Kurzparkzonen-Überwachung darf die erhöhte Gebühr für das Parken ohne Parkschein in dafür gekennzeichneten Zonen zu gewissen Zeiträumen, bezogen auf den jeweiligen PKW, mittels Zahlschein einfordern. Es ist derzeit noch nicht abzuschätzen, wie sich die Einsatzgebiete der gemeinsamen Gruppe in ihrer „Assistentztätigkeit für die Verkehrspolizei“ entwickeln und ob zum Beispiel bei Personalmangel auch definierte Grenzen überschritten werden könnten, denn das Kommando hat die Polizei, sie entscheidet im Endeffekt über den konkreten Einsatz. Um das wirklich einschätzen zu können, gibt es noch zu wenig Erfahrungen. Doch ist dies ein Schritt zur Aufweichung der Gewaltentrennung. Szenarien der Ausweitung entstehen. Private Sicherheitsdienste im Assistenzeinsatz der Polizei?

Ausgliederungen und Zuordnungen zu anderen Einheiten bringen immer demokratiepolitische Probleme mit sich. In der Regel gehen diese Änderungen nicht mit einer Erhöhung der Transparenz einher. In diesem Fall ist das Pilotprojekt Verzahnung unter demokratischen Gesichtspunkten zu beobachten. ■

Ein berechtigter Wunsch – seht die Dinge endlich so, wie sie sind. *Von Beate Neunteufel-Zechner.*

# IT'S A MAN'S WORLD

**A**uswertungen zu etwaigen Umverteilungseffekten, die aus der geltenden Steuerpolitik resultieren könnten, bleiben lediglich vage Vermutungen. Ich habe AK-Expertinnen gefragt und diese haben mir mehrfach bestätigt, dass sich die Umverteilungswirkungen aus Staatseinnahmen trotz geregelter Finanzfluss nicht wirklich in den Ausgabenbereichen unseres Gemeinwesens wieder finden lassen. Abgesehen von der nicht immer ganz klaren Verwaltung unserer Steuergelder lässt sich über die fördernde Wirkung der Mittel auf dem Rückweg zur Bevölkerung kaum Konkretes finden.

Werden die Einnahmen aus der Tabaksteuer zum Ausbau unserer Gesundheitsvorsorgeprogramme verwendet – wenn ja, in welchem Umfang? Dazu lässt sich ebenso so wenig herausfinden wie über die Familienbeihilfe. Ihre Wirkung auf den Bildungsgrad und das soziale Umfeld unserer Kinder werden nicht als Maßstab herangezogen, obwohl diese Mittel eigentlich dafür vorgesehen sind.

Eine Studie über Reichtum jagt die nächste. Auch wenn die meisten Studien auf Schätzungen beruhen, ist klar, dass der Reichtum in Österreich nicht kleiner sondern größer wird. Es wird nicht anders, wie oft wir es auch untersuchen. Zum Großteil ist dieser Reichtum männlich.

Österreich ist das zweitreichste Land der Europäischen Union, hat also in einem guten halben Friedensjahrhundert einen hohen Wohlstand erreicht, liegt an vierter Stelle beim Glücksindex und bietet vor allem Vermögenden enorme Steuervorteile an, so dass sich deren Reichtum in der derzeitigen Situation der Finanzmärkte nahezu ungehindert weiter vermehren wird.

In diesem zweitreichsten und angeblich so glücklichen Land wächst die Armut. Auch wenn die Zahlen der Armutgefährdeten nicht explosionsartig hinauf schnellen – sie stehen bei rund einer Million ÖsterreicherInnen, werden diese eine Million Menschen immer ärmer. Ihre Löhne und Gehälter steigen nicht, Sozialleistungen und Ausgleichzulage werden nicht an die Teuerung angepasst. Hier finden wir viele Frauen.

Mir fällt ein, dass in den letzten Jahren unter den neunzig Prozent der Nichtreichen Österreichs die teilzeitbeschäftigten Frauen bis zur Fünfzig-Prozent-Marke zugenommen haben unter den ArbeitnehmerInnen und dass sie

nahezu achtzig Prozent der geringfügig Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen ausmachen.

## Die nächste Bundesregierung

Von der nächsten Regierung fordere ich, dass sie diesen Tatsachen ins Auge sieht. Endlich, bitte endlich hört auf, eure und unsere Intelligenz zu beleidigen, indem ihr uns immer wieder erklärt, eine Einbeziehung des Vermögens in die Steuerleistung würde die arme, hart arbeitende Mittelschicht treffen. Wie oft muss es euch denn noch vorgerechnet werden. Die mittleren Bruttojahreseinkommen 2011 lagen bei 24.434 Euro, die mittleren Nettomonatseinkommen, inklusive der Sonderzahlungen, also zwölfmal im Jahr für Männer bei 2001 Euro und für Frauen bei 1386 Euro. Sind das die Mittelstandseinkommen, aus denen die Millionenvermögen entstehen, die von einer Vermögensbesteuerung betroffen sein können?

Eine meiner Forderungen an eine neue Regierung lautet daher, dass sie die Auswirkungen ihrer Politik auf Frauen und den Beitrag der aktuellen Frauenförderung zum Ausgleich von Benachteiligungen unbedingt sichtbar machen muss, bevor sie zulässt, dass irgendwelche Pensionsexperten oder Wirtschaftsfachmänner wieder davon zu schwärmen beginnen, wie schön es doch wäre und wie wirtschaftsfördernd, wenn Frauen länger im Erwerbsleben gehalten werden könnten.

Und bitte schafft erst die Jobs, die uns bis zum jetzigen Pensionsantrittsalter in Beschäftigung halten und uns mit Einkommen die Existenz



---

sichern! Uns, die wir mit 40 angeblich bereits sehr alt für den Arbeitsmarkt sind. Und schafft die Rahmenbedingungen, damit wir für unsere Existenzsicherung selber sorgen können und nicht die billige Versorgungsreserve für verfehlte Gesundheits- und Bildungspolitik sind.

---

### Der öffentliche Dienst

Sparen, sparen, sparen: Seit 15 Jahren wird zum Beispiel mit einem Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst gespart, dieser wird dadurch nach außen sichtbar immer teurer, klar – wenn die öffentlich Bediensteten immer älter werden, langsam aber sicher verdienen sie dann auch immer mehr. Die Gehälter für öffentlich Bedienstete erreichen kaum je die Höhe von Gehältern, die auf dem freien Markt lukriert werden könnten, dennoch ist Sparen eine Sache des öffentlichen Dienstes und wird auch durchgeführt, einerseits mit massiver Personalausdünnung und Arbeitsverdichtung, andererseits durch Ausgliederungen. Gleichzeitig ist der öffentliche Dienst jener Bereich, der die Fraueneinkommen in Österreich „hoch“ hält, verdienen dort die Frauen doch vergleichsweise besser, weil sie ihren männlichen Kollegen gleichgestellt sind.

Also, schaut genau hin und veröffentlicht eine Bilanz! Welche Finanzmittel erreichen die ihnen zugeschriebenen Ziele, welche Förderungen wirken tatsächlich fördernd, welche Sozialleistungen schaffen Ausgleich und Teilhabe? Dann können wir alle auf einer vernünftigen Grundlage über die Aufgaben und die Ausgestaltung unserer Budgetmittel diskutieren. ■

Redaktion

## Die UG an die neue Bundesregierung

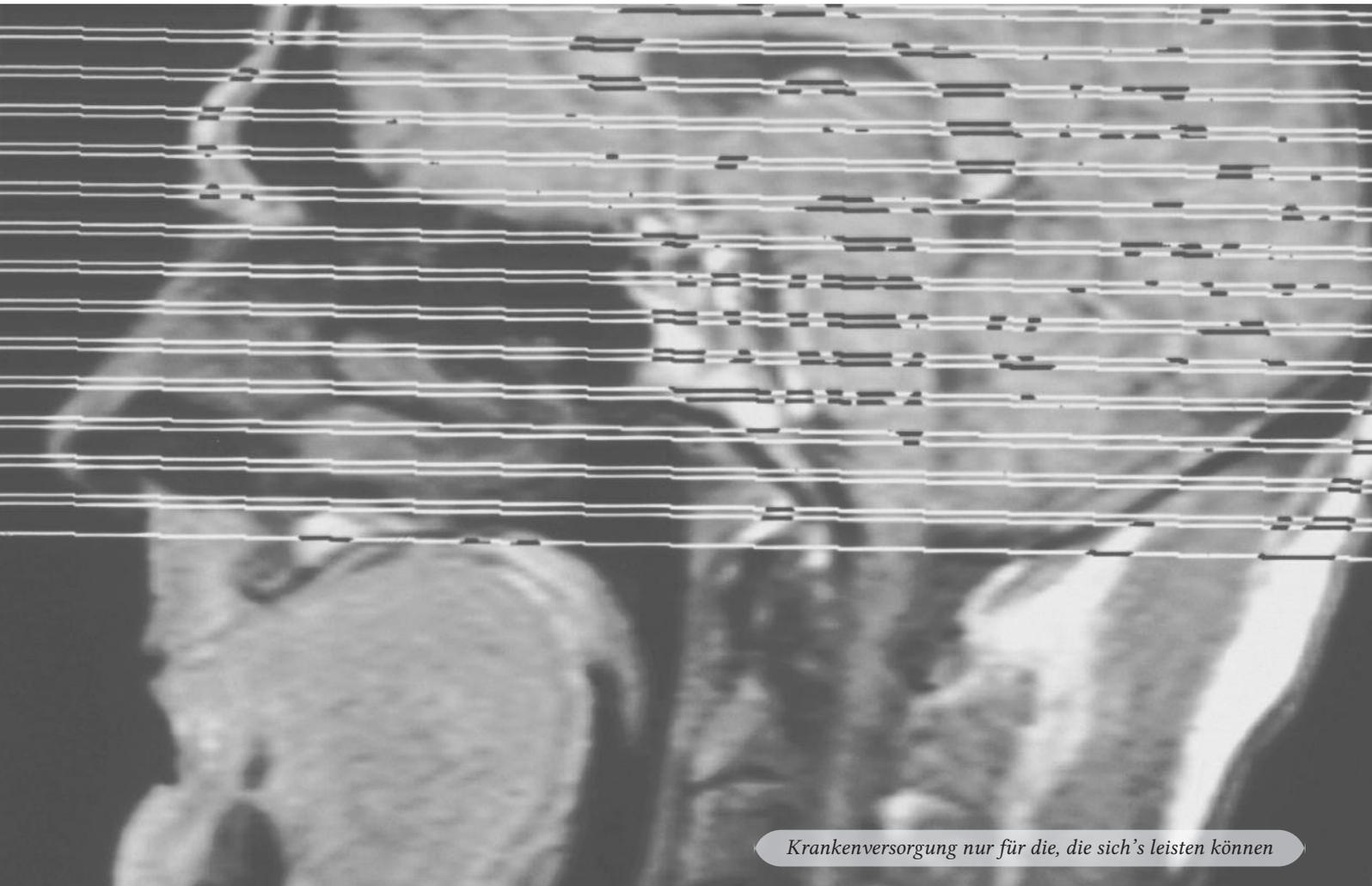
Wir könnten hier einen Auszug unserer Forderungen, für deren Umsetzung wir auf gewerkschaftlicher und politischer Ebene kämpfen, darstellen. Der gemeinsame Bogen aller ist die Forderung nach einem radikalen Kurswechsel. Statt des in die Sackgasse führenden Spardogmas, das die Krise verschärft, die Arbeitslosigkeit ansteigen lässt. Die Schlüsselwörter dieses Kurswechsels sind Umverteilung, nachhaltige, umweltverträgliche Investitionen, ein Ende der Prekarisierung, Ausbau und Aufwertung des Gesundheits- und Pflegewesens, der Bildung, der Sozialarbeit und Existenzsichernde Sozialleistungen, sichere solidarisch finanzierte Pensionen.

Wir wollen eine Politik, die Probleme strukturell angeht und nicht als individuelle Risiken verkauft. Wir wollen eine Gesellschaft in der Solidarität und Kooperation selbstverständlich sind und nicht Ellenbogen und Einzelkämpfertum dominieren. Wir wollen, dass die Frauenförderung eingestellt werden kann, weil die Machtverhältnisse und die Einkommen entsprechend dem Anteil der Frauen an der Bevölkerung verteilt sind.

Wir sind überzeugt davon, dass es ein Europa des Miteinander braucht und nicht der Konkurrenz und des Wettbewerbs. Ein Europa, das sich nicht nach außen abschottet, eine lebensgefährliche Asylpolitik fährt und Integration als einseitige Bringschuld von Menschen aus anderen Herkunftsländern ansieht.

Und natürlich wollen wir einen Politik, die zukünftige Finanz- und Banken Krisen durch Regulierung verhindert. Eine Vermögensbesteuerung ist überfällig, denn schließlich muss die Umverteilung von oben nach unten stattfinden und nicht umgekehrt. ■





*Krankenversorgung nur für die, die sich's leisten können*

## Mit Stronach zurück zu Ausbeutung und Sklaverei?

**Wes' Geistes Kind die „Werte“** sind, die Stronach und sein Team predigen, wird heute einmal mehr sichtbar: Zurück zu ungebremsster Ausbeutung und Sklaverei scheint die Zukunftsvorstellung des Team Stronach für die österreichische Gesellschaft zu sein

- Arbeiten ohne Ende, zu jeglichen Bedingungen,
- keine Absicherung im Alter,
- Krankenversorgung nur für die, die sich's leisten können.

All das hat es schon einmal geben und es soll offenbar nach Ansicht des Teams Stronach wiederkommen. Das zeigen die Aussagen von Stronach-Klubobmann Lugar. Geld soll wohl die

Geht es nach dem Team Stronach, soll wohl Geld die Welt regieren

*Von Klaudia Paiha.*

Welt regieren – ohne Rücksicht auf Verluste und ungehindert von starken Gewerkschaften. Begrenzte Arbeitszeiten, medizinische und Altersversorgung, Urlaubs- und Arbeitslosengeld, etc., seien nicht nur historische Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung, sondern müssten täglich aufs Neue verteidigt werden. Ebenso wie die gerechte Verteilung des durch Arbeit erwirtschafteten Wohlstandes

erreicht werden müsse. Dass die Angriffe seitens des Teams Stronach auf die Gewerkschaften gerade zu einem Zeitpunkt kommen, wo Verteilungsgerechtigkeit öffentlich debattiert wird, ist wohl kein Zufall: Dass das einem Millionär nicht schmeckt, ist naheliegend. Umso offensichtlicher wird, wie notwendig unbeugsame ArbeiterInnenvertretungen sind, um feudalistische Herrschaftsphantasien zu beschränken!

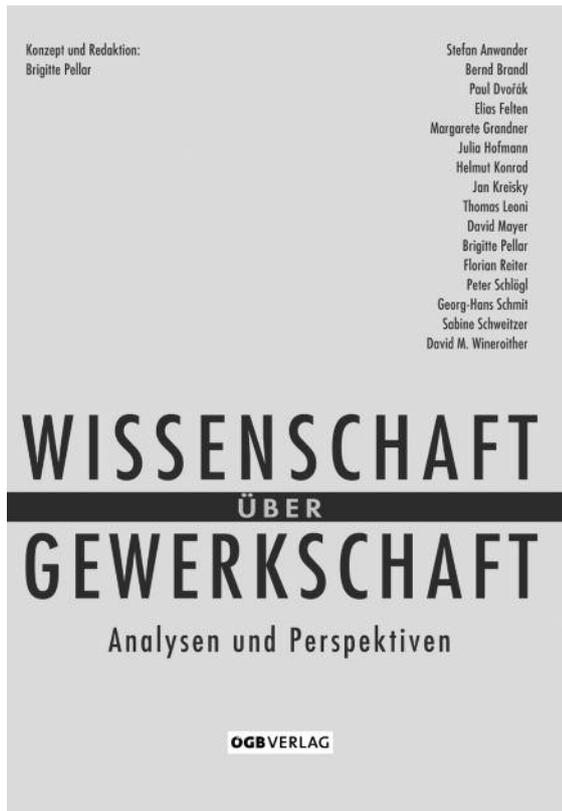
Dass es bei der „Unbeugsamkeit“ von Gewerkschaften durchaus noch Verbesserungspotentiale gebe, will ich gar nicht abstreiten: Um mehr Gerechtigkeit zu erreichen, würden wir uns oft kompromisslosere Gewerkschaften wünschen. Aber das ist wohl nur ein Argument mehr für die Wichtigkeit von Gewerkschaften – auch und gerade heutzutage! ■

Buchpräsentation und Podiumsdiskussion

# „Wissenschaft über Gewerkschaft“

Datum: Dienstag, 1. Oktober 2013, Uhrzeit: 18:30 Uhr

Ort: Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags, Rathausstraße 21, 1010 Wien



2013, 412 Seiten, Preis: 29,90 Euro (inkl. Ust., exkl. Versandkosten), ISBN: 978-3-7035-1599-6, Bezugsquelle: Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

Als Initialzündung zum Projekt „Gewerkschaftsgeschichte aktuell“ setzen sich WissenschaftlerInnen verschiedener Fachrichtungen mit Positionen über und von Gewerkschaften im Laufe ihrer Entwicklung auseinander.

Und sie stellen die Frage: Welche Rolle können und sollen Gewerkschaften in der Welt des 21. Jahrhunderts spielen?

Podiumsdiskussion mit:

- Dr.<sup>in</sup> Margarete Grandner, Historikerin
- Mag. Dr. Elias Felten, Jurist
- Mag.<sup>a</sup> Julia Hofmann, Soziologin
- Dr. David Mayer, Historiker
- Dr.<sup>in</sup> Brigitte Pellar, Historikerin

Moderation: Katharina Klee (Chefredakteurin „Arbeit & Wirtschaft“)

Eine Veranstaltung der „Arbeit & Wirtschaft“ in Kooperation mit dem ÖGB-Verlag und der Sozialakademie der Arbeiterkammer Wien. Anmeldungen unter: [veranstaltung@oegbverlag.at](mailto:veranstaltung@oegbverlag.at)

Eintritt frei!

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at), [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at), [www.sozak.at](http://www.sozak.at)

## Verlosung

Wir verlosen 10 Bücher „Wissenschaft über Gewerkschaft“! Die ersten 10 Einsendungen per E-Mail oder Brief gewinnen je ein Exemplar (an [auge@ug-oegb.at](mailto:auge@ug-oegb.at); Belvederegasse 10/1, 1040 Wien).

- Das Projekt „Wissenschaft über Gewerkschaft“ ist eine Innovation, nicht nur für Österreich, denn erstmals
- tragen WissenschaftlerInnen aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu einem Buch bei, das sich ausschließlich mit Entwicklungslinien einer Gewerkschaftsorganisation beschäftigt;
  - sind WissenschaftlerInnen verschiedener Generationen als AutorInnen und HerausgeberInnen in einem Gewerkschaftsprojekt vereinigt, – vom Jahrgang 1987 bis zum Jahrgang 1940;
  - gelang die Beteiligung von ForscherInnen aus allen Universitäten eines Landes an einem Buch zum Thema „Gewerkschaft“;
  - wurde es möglich, Analysen aus dem Blickwinkel fast aller Fachrichtungen, deren Forschungsarbeit das Thema „Gewerkschaft“ berührt, in einem Band zu finden.

# KRITISCHE LITERATURTAGE



**Die KriLit, die heuer abermals am Yppenplatz in Wien-Ottakring stattfindet, will Verlagen mit alternativen, gesellschafts- und sozialkritischen Büchern, insbesondere aber unabhängigen und kleinen Verlagen aus Österreich und im deutschsprachigen Raum, die Möglichkeit geben, ihr Sortiment zu bewerben und zu verkaufen. Ein entsprechendes Rahmenprogramm mit Buchpräsentationen, Lesungen oder Podiumsdiskussionen soll (bei freiem Eintritt) interessierte BesucherInnen aus Nah und Fern anlocken.**

Zum vierten Mal werden auch die Unabhängigen GewerkschafterInnen mit einem Infotisch vertreten sein. Bücher schmökern, Lesungen lauschen, mit anderen diskutieren – wir freuen uns auf Dich! Ein erster bereits fixierter Programmpunkt ist eine Lesung des 1. Wiener Lesetheaters aus „Nach dem Anschluss“ (Mandelbaum-

Bereits zum vierten Mal gibt es die Literaturmesse abseits des kommerziellen Mainstreams.

Verlag): Samstag, 9. November 2013, 20:30 Uhr, Weinhaus Sittl (Lerchenfeldergürtel 51, 1160 Wien).

Dabei geht es um Berichte österreichischer EmigrantInnen aus dem Archiv der Harvard University. Unmittelbar nach ihrer Ankunft im amerikanischen Exil schrieben jüdische und nichtjüdische EmigrantInnen auf, was sie unter den Nationalsozialisten erleiden mussten.

Anstoß dafür war ein Aufsatzwettbewerb der amerikanischen Harvard-Universität im Sommer 1939. EmigrantInnen aus Deutschland und Österreich waren aufgefordert, über

ihr Leben unter dem Nationalsozialismus zu berichten.

Jahrzehntelang lag dieser historische Schatz unbearbeitet in der Houghton Library der Harvard University. Nachdem die Dokumente deutscher ExilantInnen vor einiger Zeit publiziert wurden, gelangen nun auch die der ÖsterreicherInnen in Buchform an die Öffentlichkeit.

Die hier versammelten Erinnerungen sind unter dem noch frischen Eindruck der Ereignisse entstanden. Auch wenn manches überholt ist, wurden keine nachträglichen Änderungen vorgenommen. Die Berichte sind daher eine hervorragende zeitgeschichtliche Quelle. Die Aufsatzsammlung enthält auch Berichte von konservativen, sozialdemokratischen und kommunistischen GegnerInnen des Nationalsozialismus. ■

Brunnenpassage, Brunnengasse 71/Yppenplatz, 1160 Wien  
Freitag, 8. November: 13 bis 20 Uhr; Samstag, 10. November: 13 bis 20 Uhr; Sonntag, 11. November: 13 bis 17 Uhr  
EINTRITT FREI!

# Rolf Schwendter

13. August 1939 – 21. Juli 2013

Wien

Kassel



Kennengelernt habe ich ihn in Mitten der Friedens- und Ostermarsch-bewegten 1960er Jahre, als wir uns um die Möglichkeit eines alternativen zivilen Ersatzdienstes zum Bundesheer bemühten. Schon damals imposant in seiner Erscheinung und mit einem, aus seinem mächtigen Bauch herausglucksenden Lachen versehen, immer mit riesig unförmigen Taschen unterwegs, zum gegebenen Zeitpunkt Zettel herausziehend, um daraus zu zitieren oder diese zu verteilen. Es kursierte das legendenbildende Gerücht, dass er vor allem deshalb drei Dokortitel erwarb, um dem Bundesheer zu entgehen. Rolf war bei fast jeder Bewegung, die sich gegen Etabliertes auflehnte, dabei, beeinflusste diese, ohne sich jedoch vereinnahmen zu lassen.

Wieder getroffen habe ich ihn Anfang der 1990er Jahre, nunmehr anerkannter Sozialwissenschaftler, Professor für Devianzforschung an der Universität Kassel. In Wien hatte er das Erste Wiener Lesetheater (1.Wr.LTh) mitbegründet, dessen guter Geist, Seele, Herz und Hirn er war. Das glucksende Lachen schien versiegt, ist einem versöhnlichen Lächeln gewichen.

Das 1.Wr.LTh, ein gelungenes Experiment, Literatur – gute Literatur – unters Volk zu bringen. Laien lesen zusammen mit Profis, in Cafés, Gasthäusern, Schani-Gärten, in privaten Wohnzimmern – ohne Kulissen, ohne großen Aufwand, einfach auf den Text konzentriert.

Rolf ging es nicht um die hohe Kunst, jeder war für ihn, frei nach Joseph Beuys, ein Künstler. Seine Lieder zur Kindertrommel wollten die vertrauten Hörgewohnheiten aufrütteln, er setzte auf eine Antiästhetik, auf grenzwertige Tonalität und Trommelrhythmen, um die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer zu erreichen. Dilettantismus schmerzt alle in den Zwängen der Hochkultur gefangenen, war aber voll im Sinne von Rolfs Verständnis von Subkultur.

Mitmachen war ihm wichtiger als zuzuhören, nur zu konsumieren.

Im Rahmen des 1.Wr.LTh hat er immer wieder neue Lesende herangezogen, ihnen eine Chance gegeben, diese Erfahrung zu machen, und auch andere dazu zu animieren. Das hat die Veranstaltungen bunter, weiter werden lassen. Hoffen wir, dass seine Erben diese seine Vorstellungen von Basiskultur weiterführen und weiter leben lassen.

Am 13. August 2013, an seinem Geburtstag, hat in Wien seine Beerdigung stattgefunden.

*Uli Makomasky*

*Liebe Mitglieder der Unabhängigen GewerkschafterInnen in OÖ!*

*Vom 18. bis 31. März 2014 findet in OÖ die AK-Wahl statt. Die UG tritt dabei traditionell unter der Listenbezeichnung AUGE/UG an. Die Listenerstellung erfolgt selbstverständlich unter Einbeziehung aller AK-zugehörigen Mitglieder der UG in Oberösterreich. Die Abwicklung wird ebenso traditionell von uns übernommen.*

*Zur Zeit hat die Fraktion 4 Mandate: Martin Gstöttner, Fraktionsvorsitzender; Julienne Hartig; Gerhard Dober (GUG/UG); Matthias Steinkogler. Wir erwarten uns von dieser AK-Wahl sehr viel und freuen uns über alle Bewerbungen (bis spätestens 16. September 2013).*

*Der Vorstand der AUGE/UG Oberösterreich*

## Ausschreibung der internen Listenwahl

für die Arbeiterkammerwahl 2014 in Oberösterreich (Kurzbezeichnung des Wahlvorschlags: AUGE/UG) am Dienstag, 8. Oktober 2013, 18:30 Uhr, Landgutstr. 17, 4040 Linz.

---

### Voraussetzungen für die Kandidatur

Zur Listenwahl können alle oberösterreichischen UG-Mitglieder statutengemäß kandidieren, die nach § 21 AKG die Voraussetzungen für das passive Wahlrecht bei der AK-Wahl erfüllen. Dazu muss die betreffende Person am Stichtag, dem 25. November 2013:

- Das 19. Lebensjahr vollendet haben und
- in den letzten zwei Jahren insgesamt mindestens sechs Monate in Österreich in einem die Kammerzugehörigkeit begründenden Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnis gestanden sein, und
- abgesehen vom Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft und des Wahlalters von der Wählbarkeit in den Nationalrat nicht ausgeschlossen sein

Entsprechend den Statuten der UG sind von der Kandidatur ausgeschlossen: MandatarInnen eines Landtags, des Bundesrats, des Nationalrats oder des Europäischen Parlaments sowie Regierungsmitglieder auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene und GeschäftsführerInnen von Landes- und Bundesparteien.

---

### Anforderungsprofil

Gewerkschaftspolitisches Interesse und Engagement. Grundsätzliche Möglichkeit, sowohl tagsüber als auch abends an Werktagen Sitzungstermine wahrzunehmen. Bekanntgabe in der Bewerbung, welche Schwerpunkte der / die BewerberIn in seiner / ihrer politischen Arbeit setzen möchte.

---

### Bewerbungsfrist

Die schriftlichen Kandidaturen (mit verpflichtender Angabe des Listenplatzes auf dem oder ab dem die Kandidatur erfolgt) müssen per Post oder E-Mail bis 16. September 2013 bei AUGE/UG-Oberösterreich, office@auge-ooe.at, Landgutstraße 17, 4040 Linz eintreffen.

Die fristgerecht eingetroffenen Kandidaturen werden spätestens zwei Wochen vor der Listenwahl im Zuge der Einladung zur Listenwahl per E-Mail bzw. per Post ausgesandt.

---

### Wahlmodus

Mindestens bis zum Listenplatz 20 wird jeder Listenplatz einzeln gewählt. Frauen können um jeden Platz kandidieren; Männer nur dann, wenn die Frauen-Parität erfüllt ist. Ist die Kandidatinnenliste erschöpft, werden die Männer nacheinander auf die Listenplätze gewählt. Es werden auch Solidaritätskandidaturen angenommen, die vom Vorstand der AUGE/UG Oberösterreich ohne Wahl gereicht werden.

Die Ausschreibung erfolgt über den Adressenpool der AUGE/UG-Oberösterreich, der GUG/UG-Oberösterreich und in der Monatszeitschrift der UG-Österreich „Die Alternative“.